

Abgeordneter zum Nationalrat  
DR. ALFRED GUSENBAUER  
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Parlamentsfraktion  
Bundesparteivorsitzender

grundeinkommen [<mailto:grundeinkommen@ksoe.at>]

Wien, am 21. September 2006

Sehr geehrte Damen und Herren!

Eine gerechte Sozialpolitik bildet Herzstück, Basis und auch Ziel unseres Sozialdemokratischen Programms. Die Frage der sozialen Eingliederung beeinflusst als Querschnittsmaterie die Umsetzung sämtlicher politischer Vorhaben und hat vice versa deren Auswirkungen zu tragen. Die momentanen Entwicklungen – zunehmende Arbeitslosigkeit und Armutsgefährdung bei gleichzeitig steigendem Reichtum – als Konsequenzen einer neoliberalen Bundespolitik illustrieren diese Zusammenhänge deutlich.

Frustration und Perspektivenlosigkeit bei einem großen Teil der Bevölkerung führt zu gesellschaftspolitischen Auswirkungen die in ihrer Breite noch nicht abschätzbar sind.

Denn, nur Menschen, die sozial und materiell abgesichert sind und sich auch so fühlen, haben ausreichend Energien für Investitionen in die Zukunft wie Bildung, Kultur oder auch engagierte Kindererziehung.

Die verlässlichste Garantie für eine solche Absicherung stellt nach wie vor die Beschäftigung dar. Beschäftigung bedeutet dabei aber nicht das Verharren in den traditionellen männlich definierten Vollzeit-Beschäftigungsstrukturen, sondern ein Spektrum an Möglichkeiten die sich den veränderlichen Bedingungen im individuellen Erwerbsverlauf anpassen.

Gerade die Absicherung von Frauen ist von ganz besonderer gesellschaftspolitischer Bedeutung. Eine effektive Beschäftigungs- und Sozialpolitik muss die Frauen stärken, unabhängig machen und eine Vereinbarkeit von beruflicher Karriere und familiären Verpflichtungen gewährleisten. Frauen die entsprechend abgesichert sind geben diese Sicherheit an ihre Kinder weiter und verbessern deren Startposition. Über die Förderung von Frauen kann Kinderarmut direkt bekämpft und die Spirale der „Vererbbarkeit von Armut“ durchbrochen werden.

Das Ziel jeder Beschäftigungsform muss allerdings die Existenzsicherung sein. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt deutlich ein Abgleiten von immer mehr Menschen in prekäre Arbeitsverhältnisse, die weder finanzielle noch sozialrechtliche Absicherung bieten. Die Zahl der Armutsgefährdeten hat bereits jetzt ein bedrohliches Ausmaß erreicht und ist in den letzten drei Jahren von 12 auf 13,2% gestiegen.

Dieser Trend stellt das bisher gültige Netz der sozialen Absicherung in Frage, da die Betroffenen mangels Einkommen oder Anspruch auf Leistungen der übergeordneten Sicherungssysteme vermehrt auf die Leistung Sozialhilfe angewiesen sind. Die Sozialhilfe der Länder kann aber die Versäumnisse einer verfehlten Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik nicht ausgleichen.

Beschäftigung bedeutet für die meisten ÖsterreicherInnen mehr als Geldverdienen! Beschäftigung bedeutet Anerkennung, Selbstständigkeit, soziale Kontakte, Austausch, Herausforderung, Anreiz und Aktivierung.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen in existenzsichernder Höhe, wie auch Sie es fordern, kann für viele Menschen eine momentane Entlastung und einen kurzfristigen Ausweg aus materiellen und existenzgefährdenden Krisen darstellen. Wie aber werden dadurch langfristige Perspektiven geschaffen und die Ausgangssituation der Betroffenen verbessert?

Eine solche Transferleistung, auch wenn sie knapp über der Armutsgrenze liegt, führt zur Armutsverfestigung, die nur durch Bildung, Aktivierung und Eingliederung in den Arbeitsmarkt verhindert wird.

Eine Modernisierung der Armutsbekämpfung ist unserer Meinung nach durch die Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung umsetzbar. Kernpunkt dabei ist die Vermeidung von Armutsgefährdung beziehungsweise reale Armut. Die Systematik dieses Modells besteht darin, dass jede Familie, deren Einkommen unter dem Existenzminimum der jeweiligen Haushaltsgröße liegt, ein Transfer in der Höhe der Differenz zwischen Einkommen und dem Existenzminimum gewährt wird. Die bestehenden Sicherungssysteme müssen mit finanziellen Untergrenzen versehen werden. Ausgangsbasis sollte dabei die „Armutsgrenze“ von 60 % des Medianeinkommens sein.

Ein sozialpolitisch gerechtes Angebot muss langfristige und nachhaltige Antworten bieten und die verfügbaren Mittel für Maßnahmen zur beruflichen und sozialen Eingliederung verwenden. So werden Perspektiven eröffnet und Einkommen zugänglich, die über ein Grundeinkommen hinausgehen.

Die Österreichische Sozialdemokratie stellt sich dieser sozialpolitischen Herausforderung um mit neuen und innovativen Maßnahmen Eigenständigkeit und Sicherheit für alle Österreicherinnen und Österreicher langfristig zu gewährleisten.

Mit besten Grüßen

Dr. Alfred Gusenbauer